

Klaus Heß • Mónica Baltodano Marcenaro*

Erfahrungen der deutschen Nicaragua-Solidaritätsbewegung

Zusammenfassung: Die Mitte der 1970er-Jahre entstehende deutsche Nicaragua-Solidaritätsbewegung konnte mit den Sandinistischen Akteur*innen ein transnationales Netzwerk aufbauen, das in alle gesellschaftlichen Schichten und Bereiche hineinwirkte. Die Bewegung war angetreten, um die Welt zu verändern: Der Imperialismus sollte besiegt, eine eigene Identität als Bewegung entwickelt und das politische System in Deutschland transformiert werden. Der Beitrag beleuchtet die Erfolgsfaktoren der Zusammenarbeit und fragt, was sich aus den gemachten Erfahrungen für eine transnationale Solidarität zwischen Globalem Süden und Norden unter den Herausforderungen einer globalen Krise lernen lässt.

Schlagwörter: Arbeitsbrigaden, Globale Nord-/Südbeziehungen, Internationalismus, Nicaragua, Transnationale Solidarität

Experiences of the German Nicaragua Solidarity Movement

Abstract: The Nicaraguan solidarity movement, which emerged in the mid-1970s, was able to build a transnational network with the Sandinista actors, which had an impact on all social strata and areas. The movement was committed to change the world: defeating imperialism, developing its own identity as a movement, and transforming the political system in Germany. The contribution analyses the success factors of the cooperation and asks what we can learn from the experiences for transnational solidarity between the Global South and the Global North under the challenges of a global crisis.

Keywords: Internationalism, Global North/South Relationships, Labour Brigades, Nicaragua, Transnational Solidarity

* Klaus Heß ist seit 1982 Aktivist im Internationalismus, Vorstand des Informationsbüro Nicaragua e.V., war von 1987 bis 2017 gewerkschaftsnaher Betriebsräteberater und leistet aktuell kommunale Bildungs- und Vernetzungsarbeit zu Klimagerechtigkeit und sozial-ökologischer Transformation. | Mónica Baltodano Marcenaro war von 1972 bis 1979 Kommandantin der sandinistischen Guerilla, anschließend koordinierte sie die Massenorganisationen, war 2005 an der Neugründung von *Rescate* (Bewegung zur Rettung des Sandinismus) beteiligt und von 2007 bis 2011 Parlamentsabgeordnete für *Rescate*. Sie ist Leiterin von *Popol Na* und lebt aktuell im Exil.

Am 23. Dezember 1972 zerstörte ein Erdbeben das Zentrum von Nicaraguas Hauptstadt Managua, hinterließ etwa 11.000 Tote und machte ein Drittel der etwa eine Million Einwohner*innen der Stadt obdachlos. Die politische Verantwortung des Diktators Somoza für die hohe Opferzahl, für die Vertreibung der Einwohner*innen und die persönliche Bereicherung an der Zwangsumsiedlung läuteten Somozas Ende ein. Das einst vitale Zentrum der dicht bevölkerten Metropole mit kleinen Geschäften und Menschen mit unterschiedlichem sozialen Status wurde nie wieder aufgebaut. Die Bevölkerung widersetzte sich auch der durch US-Planer inspirierten Vision einer dezentralisierten Stadt mit breiten Transversalen für den schnellen Umschlag, Shopping Malls und der Verdrängung der ärmeren Bevölkerung an die Peripherie. Die politischen Nachbeben führten zur kollektiven Verweigerung gegenüber dem Diktator und seiner US-Alliierten (Lee 2015). Aus den Flüchtlingslagern mit über 100.000 Einwohner*innen kam der größte Widerstand; die Pflastersteine aus Somozas Zementfabriken auf den neuen Straßen lieferten das Material für Barrikaden und Nahkampf. Das Erdbeben wurde für Somoza zum Verhängnis: Nicht nur, weil es dem organisierten Widerstand der seit 1961 bestehenden sandinistischen Befreiungsfront *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) breiten Zulauf verschaffte, sondern auch, weil es den Charakter der Diktatur und ihrer geostrategischen, wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen ins Blickfeld einer internationalen Öffentlichkeit rückte. In Deutschland verschaffte es einer internationalistischen Soli-

daritätsbewegung Auftrieb, um deren Erfahrungen und Potenziale für eine transnationale Solidarität in der aktuellen Klimakrise es in diesem Beitrag vorrangig gehen soll.

1973: Schlüsseljahr für die Lateinamerika-Solidarität

Die Nicaragua-Solidarität gründete auf Besuchen, persönlichen Kontakten mit dem Befreiungstheologen Ernesto Cardenal und dem politischen Engagement von nicaraguanischen Studierenden an deutschen Universitäten (Hübner u.a. 2004). Wesentliche Impulse erhielt die Bewegung durch die Solidarität mit der sozialistischen Allende-Regierung in Chile. Im Juni 1973 gründeten sich die Lateinamerika-Nachrichten (damals »Chile-Nachrichten«), nach dem Putsch vom 11. September 1973 auch das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) in Berlin, wenige Jahre später die Informationsstelle Lateinamerika (ILA) in Bonn. Viele nach Deutschland emigrierte politische Flüchtlinge aus Chile verstärkten die Basis von Lateinamerika-Komitees, in denen anfangs gemeinsam zu Chile und Nicaragua gearbeitet wurde.

Eine spezifische Nicaragua-Solidaritätsbewegung mit eigenen Koordinations- und Kommunikationsstrukturen bildete sich schließlich ab 1977 heraus. Zu dieser Zeit befand sich Deutschland im »Herbst 1977«, der geprägt war durch die Militarisierung des Staates gegen die RAF und radikale Bewegungen. Die mit der taz aufgebaute Gegenöffentlichkeit setzte drei Schwerpunkte: Feminismus, Internationalismus und Alternatives Leben und Wirtschaften. In allen Null-

nummern der taz seit September 1978 war der sandinistische Befreiungskampf prominentes Thema. Nach der erfolgreichen Revolution in Nicaragua und dem Sturz Somozas im Juli 1979, wuchs die Solidaritätsbewegung schnell an. Sie war lokal breit organisiert, schuf sich eigene nationale Strukturen und war mit anderen sozialen Bewegungen eng verbunden. Zusammen mit sandinistischen Akteuren konnte ein transnationales Netzwerk aufgebaut werden, das in breite gesellschaftliche Schichten hineinwirkte, kampagnenfähig wurde und auf die lokale Öffentlichkeit Einfluss nahm (Helm 2018).

Mit den Sandinist*innen in Nicaragua verband die Solidaritätsbewegung ein gemeinsames Ziel. Nach dem Sturz des Diktators ging es darum, ein neues, gerechtes Wirtschaftssystem aufzubauen, die globalen Beziehungen sollten neugestaltet und die Solidaritätsaktivist*innen in die politische Gestaltung einbezogen werden. Beide Seiten kämpften für progressive Zukünfte, die Sandinist*innen standen für ein partizipatives Demokratieverständnis und mobilisierten für Gesundheits- und Alphabetisierungskampagnen, gerechtere Ressourcenverteilung und eine gemischte Wirtschaft. Durch ihre Organisationsform gelang es der Bewegung in Deutschland, sowohl bundesweit wirksam zu werden als auch lokal verankert gesellschaftliche Breite zu erreichen. Die etwa 400 örtlichen Komitees operierten autonom, bildeten selbst örtliche Aktionsbündnisse entlang bestimmter lokaler Schwerpunkte und wirkten dadurch in örtliche Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und Medien hinein. Das Informationsbüro

Nicaragua in Wuppertal übernahm Koordinierungsaufgaben, unterhielt einen monatlichen Komitee-Rundbrief und einen Verlag mit Buchproduktionen, führte halbjährlich bundesweite Konferenzen durch und organisierte die bundesweiten Kampagnen in Abstimmung mit Kooperationspartnern, Gewerkschaften, Kirchen und Medien. Die Strukturen waren offen und horizontal; Kooperationen mit Parteien gab es allenfalls punktuell.

Die Heterogenität der Bewegung – hier der »sozialdemokratische« Flügel (verortet etwa im Hamburger Komitee), dort die autonomen Sektoren (Göttingen, Berlin u.a.) – führte oftmals zur Verabredung von Kampagnen, die zwar von der »Zentrale« organisiert wurden, an der sich aber nicht alle Komitees im gleichen Umfang beteiligten. Örtliche Basisorganisation in Komitees, zentrale Austauschmöglichkeiten und Event-Mobilisierung ergänzten sich wirkungsvoll. Durch den Aufbau eines transnationalen Netzwerkes schuf die Bewegung zusammen mit ihren Partner*innen im Globalen Süden wirkungsvolle Strukturen für Kommunikation, Koordination und Kooperation, verfügte über ein hohes Reflexionsniveau bezüglich gewonnener Lernerfahrungen und eigener Handlungsweisen und bezog die nicaraguanischen Akteure in die entsprechenden Reflexionsprozesse und Publikationen ein (Blandón u.a. 2024). Die Bewegung entwickelte eine eigene Identität in der Abgrenzung zur US-Politik und zum politisch-ökonomischen System der BRD (Förch 1995) und radikalisierte sich in ihren Aktionsformen. Exemplarisch zu nennen sind hier zwei Besetzungen der deutschen Botschaft

in Managua, Blockaden der nicaraguanischen Botschaft in Bonn und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Aktionen während der IWF-/Weltbanktagung in Berlin 1988 und die Aktion, dass sich Aktivist*innen an der US-Botschaft in Managua anketeten.

Arbeitsbrigadeneinsatz:

»Gemeinsam werden wir siegen!«

Die Arbeitsbrigaden-Kampagne von 1983 bis 1987 – die wichtigste Aktivität der Solidaritätsbewegung – konnte praktische Hilfe, nämlich das Einbringen der Kaffeeernte mit politischer Symbolik verbinden. Tausende junge US-Bürger*innen und Europäer*innen, darunter 15.000 Deutsche, arbeiteten jeweils für einige Wochen oder Monate in Nicaragua. Dazu gehörte der persönliche Einsatz als menschliche Schutzschilde in militärisch bedrohten Gebieten und angesichts einer drohenden US-Intervention, auch um die kritische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik weit über die Solidaritätsbewegung hinaus anzusprechen und »durch eine gebündelte Argumentation die Legitimität der bundesdeutschen Mittelamerikapolitik anzugreifen« (Informationsbüro Nicaragua 1984: 2). Damit erwies sich die Form der Brigaden-Einsätze nicht nur als ein probates Mittel direkter Solidarität, sondern zusätzlich als Lernfeld für globale Zusammenhänge, als politisches Signal sowie als identitäts- und bewusstseinsstiftende Aktion. Die Parole »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker« begleitete unzählige Veranstaltungen, Aktionen und Geldsammlungen, unter anderem für Waffen nach

El Salvador (Heß/Lucas 2007). Die Arbeitsbrigaden waren identitätsstiftend für eine ganze Generation junger Menschen, durch sie bildeten sich kollektive Überzeugungssysteme und Projektionen, die Transformation Nicaraguas könne sich nach eigenen Wunschvorstellungen vollziehen. Interviews, die 20 Jahre später durchgeführt wurden, belegen eine nachhaltige Wirkung auf die Einstellungen der Beteiligten bezüglich Ausbeutung, neokoloniale Weltmarktbedingungen, kapitalistische Wirtschaft und globale Gerechtigkeit (vgl. Informationsbüro Nicaragua 2003). Da die Teilnehmer*innen mit ihrer Anwesenheit und Bautätigkeit den *campesinos* moralische und materielle Unterstützung gewährleisten sollten, rückten bald statt abstrakt-politischer Motivationen soziale Beziehungen in den Vordergrund, die auf viele Bereiche und Themen ausgebaut wurden.

In den Brigaden wurden extreme Grenzerfahrungen gemacht: Die Brigadist*innen lebten Tür an Tür mit armen Bauern, Bäuerinnen und Landarbeiter*innen, die den Kaffee für den Weltmarkt erwirtschafteten. Zudem drohten den Brigaden bewaffnete Angriffe, Entführungen und Tod durch die von den USA ausgerüsteten Contra-Rebellen. Die praktische Erfahrung, was neokoloniale Weltmarktbedingungen in der Kaffee- oder Baumwollproduktion bedeutete, und das Teilen von Angsterfahrungen mit den Bauern und Bäuerinnen bei bewaffneten Nachtwachen haben die Diskussionen intensiviert und radikalisiert (ebd.). Nach der Entführung von sieben deutschen Brigadist*innen durch eine bewaffnete Contra-Formation reagierten deutsche

Brigadist*innen mit der Besetzung der deutschen Botschaft in Managua, bis die sieben wieder freigelassen wurden.

Aufstieg und Niedergang einer Revolution

Nach elfjähriger Regierungszeit verloren die Sandinist*innen 1990 die Wahlen und es folgten 16 Jahre lang neoliberale Regierungen. Wahlentscheidend waren dabei die Folgen der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges, verstärkt durch die Monroe-Doktrin, nach der Nicaragua zum Hinterhof der USA gehörte. Dementsprechend kam es zu einer finanziellen Strangulierung durch die internationalen Finanzorganisationen, zu Wirtschaftseinschränkungen durch die USA als größtem Handelspartner und zur Aufrüstung der Contra-Rebellen. Für die Bevölkerung schien ein Ende dieses Zustandes nur mit der Abwahl der FSLN-Regierung möglich, zumal der neu eingeführte Militärdienst große Opfer forderte. Der ehemalige FSLN-Comandante und Ex-Präsident Ortega nutzte die Oppositionszeit, indem er zuerst die begonnene interne Aufarbeitung in einer Ethik-Kommission behinderte, alle internen Kritiker*innen aus der FSLN-Führung herausdrängte oder zu Parteiabsplittings veranlasste und anschließend einen Pakt mit dem politischen »Gegenspieler« Arnoldo Aleman vereinbarte, der zur Aufteilung aller Staatsorgane auf Vertreter der beiden großen Parteien führte. Zudem sicherte dieser Pakt den beiden Männern Straffreiheit bei ihnen drohenden Vergewaltigungs- und Korruptionsprozessen. Indem seine Fraktion auch einem absoluten Abtreibungs-

verbot zustimmte, konnte Ortega die Wahlen von 2006 gewinnen und seine Macht durch Verfassungsbruch und im Bündnis mit Kirche und Groß-Unternehmern absichern. Großen Zulauf durch die arme Bevölkerung erkaufte er sich durch eine die Gesellschaft spaltende klientelistische Sozialpolitik, die durch Zuwendungen aus Venezuela finanziert, parteilich kontrolliert und höchst intransparent über »sandinistische Unternehmen« kanalisiert wurde (Schindler 2019).

Dennoch kam es in der Folge zu einem generationenübergreifenden Aufstand im April 2018, in dem sich der Protest gegen Machtusurpation, Bereicherung, Umweltzerstörung und parteiliche Manipulation in der kollektiven Forderung nach Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit niederschlug. Dazu schlossen sich Studierendenbewegung, die Frauen- und die Umweltbewegung sowie Bäuer*innenorganisationen zusammen. Die Jugendlichen kehrten auf die Straße zurück, um Geschichte zu schreiben, so wie es der ehemalige sandinistische Erziehungsminister Fernando Cardenal kurz vor seinem Tode erhofft hatte. Die Protestierenden forderten nicht nur den Rücktritt Ortegas, sondern entwarfen zugleich neue Gesellschaftskonzepte von unten (Informationsbüro Nicaragua 2020). Die Proteste von 2018 mit ihrer Praxis der Solidarität, Autonomie und horizontalen Strukturen waren eine praktische Antwort auf die Fehler »linker« Politik in Nicaragua (Lucas 2023). Seitdem der Aufstand durch die Repressionsorgane niedergeschlagen wurde und dabei 350 Menschen getötet wurden, regiert Ortega diktatorisch. Viele ehemaligen

Weggefährt*innen ebenso wie alle Partnerorganisationen der Nicaragua-Solidarität befinden sich in der Opposition, sind im Gefängnis oder im Exil.

Welche Verantwortung kommt der Solidaritätsbewegung für diese Entwicklungen zu? »Daniel Ortega kommt aus unseren Reihen und wir haben ihn mit erschaffen, daher ist es notwendig, auf unsere politische Kultur und darauf, was sie hervorbringt, zu schauen, statt das Phänomen zu individualisieren«, sagte Raúl Zibechi bei einer Veranstaltung in Madrid. Wir möchten hierfür einige Punkte benennen (Lucas/Heß 2019): In der FSLN gab es keine institutionalisierte Diskussions- und Demokratiekultur; politische und soziale Veränderungen wurden paternalistisch von oben dekretiert. Die Akteure der Solidaritätsbewegung akzeptierten bei Widersprüchen häufig die vorgetragenen Begründungen und vertrauten darauf, dass man die Dinge intern regeln würde. Diskussionen auf Augenhöhe über Vertikalismus und Paternalismus gab es mit der FSLN nicht. Die Wahrnehmung der sandinistischen Bildungspolitik in der Solidaritätsbewegung war lange geprägt von den Idealen und Utopien der Alphabetisierungskampagne und der Pädagogik der Befreiung, der Herausbildung des »Neuen Menschen«. Statt Selbstermächtigung fand in der Realität häufig Agitation statt, ob für die Assimilierung der Indigenen, mehr Produktivität bei den Bauern und Bäuerinnen oder für die allgemeine Wehrpflicht. Die Solidaritätsbewegung akzeptierte auch lange den Führungsanspruch der *Dirección Nacional* in der FSLN, nach dem die größtmögliche Einheit Garant für die Verteidigung der revolutionären

Errungenschaften gegenüber den Angriffen des Imperialismus sei. Deshalb konnten sich gesellschaftliche Gruppen nur im Widerspruch zum sandinistischen Staat organisieren. Dieser Herrschaftsanspruch wurde zuerst durch autonome Frauengruppen Ende der 1980er-Jahre infrage gestellt. Nach Aussagen mancher Vertreter*innen der nicaraguanischen Demokratiebewegung komme in Europa der größte Widerstand gegen eine klare Verurteilung Ortegas aus den Reihen ehemaliger Solidaritätsaktivist*innen.

2023: Strukturen, Erfahrungen und Einsichten für die globale Klimasolidarität

Nach 50 Jahren stellt sich die Aufgabe internationalistischer Zusammenarbeit mit noch größerer Dringlichkeit. Die Klimakrise kann nur durch einen Systemwechsel wirksam beendet werden, verbunden mit einem globalen, universalistischen, emanzipatorischen und an Strukturveränderungen orientierten Anspruch. Die alten Forderungen »Land und Freiheit« sind nicht eingelöst.

Internationale Solidarität vollzieht sich heute in einem völlig veränderten geopolitischen Kontext. An die Stelle der Blockkonfrontation sind geopolitische Allianzen und Freihandelsphären getreten. War vor 50 Jahren Lateinamerika noch der Hinterhof der USA, gilt dies heute allenfalls noch militärisch. Brasilien versucht, über die BRICS-Erweiterung Einflussphären neu auszuweiten. China ist zum zweitwichtigsten Wirtschaftspartner Lateinamerikas aufgestiegen, alle mittelamerikanischen Länder haben innerhalb von zehn Jah-

ren die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Nicaragua ist als Teil des Zentralamerikanischen Integrationssystem in Freihandelsverträge mit den USA und der EU eingebunden, aber seit den Aufständen politisch isoliert. Selbst linke Regierungs- und Parteienbündnisse wie das Foro de São Paulo haben sich distanziert. Kooperationen existieren mit Venezuela, Kuba, Iran, Russland und seit knapp zwei Jahren wieder mit China.

Aus den Erfahrungen und Reflexionsprozessen der Nicaragua-Solidarität stellen das Erringen der Staatsmacht oder die Machtergreifung von Befreiungsbewegungen und Avantgardeparteien keine positiven Bezugspunkte mehr für soziale Revolutionen dar. Nicaraguanische Feministinnen haben schon früh die Geschlechterfrage im Kontext von staatlicher Repression, Macht in Organisationen und wirtschaftlicher Unterdrückung thematisiert. Parallel veränderten sich die Vorstellungen sozialer und politischer Organisation, die losgelöst von den Bedingungen einer zentralen Organisationsform den Menschen mehr Eigenverantwortung lassen als ein hierarchisierter Parteaufbau. Bewegung im eigentlichen Sinn des Wortes findet immer mehr außerhalb der klassischen Organisationen statt (Informationsbüro Nicaragua 1998: 37, 42f.; Heß/Lucas 2007: 315ff.). Die Zapatisten haben seit 1994 gezeigt, wie soziale Revolutionen ohne Übernahme von Regierungsmacht aussehen können; in Rojava wird im zehnten Revolutionsjahr eine staatenlose Demokratie mit autonomen Räten und Komitees praktiziert. Das sind Versuche, gegen die Zumutungen von Kolo-

nialismus, Rassismus, Patriarchat und wirtschaftlicher Ausbeutung eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Statt Solidarität mit einer Regierung oder einem Land zu erklären, muss es im Internationalismus darum gehen, Menschen und Bewegungen in ihren Kämpfen zu stärken. In Nicaragua haben soziale Basisbewegungen (besonders die Frauen- und Bäuerinnenbewegung, die Kommunalbewegung und die Umweltbewegung; vgl. Heß 2015) mit ihren Anliegen Ziele und Wertvorstellungen der sandinistischen Revolution der 1970er-Jahre aufgenommen. Ihre Leitlinien können als Forderungen für gutes Regierungshandeln gegen autoritäre Regierungen zusammengefasst werden (Informationsbüro Nicaragua 2020: 137ff.). Auf Tagungen diskutieren Aktivist*innen aus Nicaragua, Lateinamerika und Deutschland gemeinsame Fragen zum Verhältnis von Partei, Staat und Bewegung, zum Stellenwert von Demokratie und Freiheitsrechten, zu Solidarität, alternativen Wirtschaftsmodellen und feministischen Perspektiven (Informationsbüro Nicaragua 2020). Dazu bietet sich die Möglichkeit zur Zusammenarbeit der »alten« Solidaritätsbewegung mit nicaraguanischen Studierenden in Deutschland im Sinne einer generationenübergreifenden Bewegung – siehe dazu die Frankfurter Erklärung mit der Forderung nach dem Ende der Repression, dem Abtritt der Regierung, der Einsetzung einer Wahrheitskommission und einem nationalen Dialog unter Einschluss aller gesellschaftlichen Sektoren (Informationsbüro Nicaragua 2020: 141ff.).

Auch Verfassungsprozesse können sozial-revolutionäre und emanzipato-

rische Transformationen absichern: Sie sind einerseits Ergebnisse sozialer und politischer Mobilisierungen (Kämpfe in Chile gegen eine neoliberale Wirtschaftsordnung), bilden neue Machtverhältnisse in Verfassungsnormen ab (wie die Reformen in Ecuador und Bolivien um neue gesellschaftliche Naturverhältnisse und einen plurinationalen Staat). Andererseits ist ihre Umsetzung in einer gesellschaftsverändernden Politik kein Selbstlauf (vgl. Kolumbiens fortschrittliche Verfassung von 1991). In Nicaragua haben sich indigene Autonomie und kommunale Bürgerbeteiligung aus Verfassungen der 1980er-Jahre über die neoliberale Regierungsphase herübergerettet und werden heute noch gegen einen Staat verteidigt, der sie parteipolitisch funktionalisieren beziehungsweise in sein paternalistisch-klientelistisches Verteilungsmodell integrieren möchte (Informationsbüro Nicaragua 2011: 29ff.).

Auch die Solidaritätsbeziehung selbst gewinnt einen anderen Charakter: Statt Sprachrohr und Geldbeschaffer für Befreiungsbewegungen zu sein, muss es darum gehen, von den Partnern lernend im eigenen Land Veränderungen herbeizuführen. Das heißt heute, die sozial-ökologische Transformation durchzusetzen. Mit der Wahl der Partner erweitern sich die politischen Themen und damit die Spielräume für die Vernetzung der Solidaritätsbewegung mit gesellschaftlichen Akteuren in Deutschland. So sind aus der Nicaragua-Solidarität Kooperationen mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zur Kritik der EU-Agrarpolitik, aus der bundesweiten Kampagne »Gegen die Macht der Kaffeekonzerne«

der solidarische Kaffeehandel und aus der Zusammenarbeit mit Kooperativen die Kooperation mit »Contraste. Zeitung für Selbstverwaltung« entstanden. Aus der Solidarität mit Landlosen und Bäuer*innen lernend wurde die Politisierung der Subsistenz gegen die exportorientierten Monokulturen entwickelt, die neue Wirtschaftssubjekte mit sozialer Orientierung hervorbringt und die Ernährungssouveränität absichert, mit Anschluss Themen an die europäische Agrarwende und eine solidarische Landwirtschaft (Informationsbüro Nicaragua 1995, 2015). Langfristige und breite Bündnisse auf lokaler und kommunalpolitischer Ebene eröffnen sich durch die vielerorts entstandenen Partnerschaftsinitiativen und offiziellen Städtepartnerschaften, die ein Sprachrohr für die Demokratie- und Antirepressionsbewegung in Nicaragua sein und/oder kommunale Klimapartnerschaften unter Einbezug der Stadtverwaltungen aufbauen können (Heß/Sparrer 2021).

Eine Solidaritätsbewegung, die sich auf ein Land fokussiert, verliert an Wirkmächtigkeit, wenn sie ihre Kompetenzen, Strukturen und Partner nicht in breitere Themenfelder und Kampagnen der Globalen Süd-/Nord-Gerechtigkeit einbringt und dabei mit Kirchen, Gewerkschaften und NGOs wie CIR Romero, INKOTA, FDCL, Südwind, Ökumenisches Büro oder Medico kooperiert, die aus der Mittelamerikasolidarität entstanden sind. Die langjährige Zusammenarbeit mit Partnern in Mittelamerika begründete eine bundesweite Kampagne mit Kirchen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen zum Stopp des EU-Assoziierungsabkommens

mit Mittelamerika (Informationsbüro Nicaragua 2017). Dabei konnten die Auswirkungen des Pestizideinsatzes auf mittelamerikanischen Zuckerrohrplantagen im Zusammenhang mit der europäischen Handelspolitik und der deutschen Biospritverordnung thematisiert werden. Aktuell stellen die Freihandelsverträge der EU mit Mexiko, Chile und dem Mercosur Projekte dar, die auch angesichts des Klimawandels nicht mehr zeitgemäß und ein Rückfall in eine koloniale Logik sind. Gleiches gilt für die Rohstoffoffensive der EU und der Bundesregierung für die Energie- und Mobilitätswende mit der Externalisierung von Kosten nach Bolivien, Chile und Argentinien. Hier wurden Bündnisse und gemeinsame Aktionsfelder mit lateinamerikanischen Aktivist*innen und Initiativen wie dem ökosozialen Pakt des Südens, dem Manifest der Völker des Südens für eine ökosoziale Energiewende oder der internationalen Yasuni-Initiative geknüpft.¹

Fazit

Die Nicaragua-Solidarität ist sowohl Ausdruck als auch Motor eines zunehmend globalen Bewusstseins in Teilen der deutschen Gesellschaft. Sie flankierte vor 50 Jahren nicht nur erfolgreich den Sturz des Diktators und über ein Jahrzehnt den Neuaufbau der nicaraguanischen Gesellschaft, besonders über die Brigaden und andere Formen des direkten Austauschs. Sie bot auch die Projektionsfläche für gesellschaftliche Utopien und Sehnsüchte, ein Lernfeld

für die gesellschaftliche Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation wie Staatsaufbau, Eigentumsformen, Partizipation, gemischte Wirtschaft, Landnutzung, Agrarfrage und Pluralismus sowie einen Austausch von emanzipatorischen Bewegungen weit über ihr Handlungsfeld hinaus. Dass die Revolution scheiterte, liegt auch an patriarchalen Strukturen der FSLN.

Für die Solidaritätsbewegung stellen sich die Aufgaben einer selbstkritischen Analyse ihrer Vergangenheit, der Unterstützung der Demokratiebewegung und einer engagierten Menschenrechtspolitik. Der 40. Jahrestag des Beginns der Brigaden-Kampagne bietet die Chance, damals Beteiligte mit ihren lebensprägenden Erinnerungen für die aktuellen globalen Herausforderungen neu zu mobilisieren. Die vorhandenen Kompetenzen und Austauschkanäle mit Partnerorganisationen wie Publikationsreihen, Newsletter, Begegnungsreisen und Tagungen können eingebracht werden, um Perspektiven für den Aufbau einer weltweiten Klimasolidarität auszutauschen und zu organisieren.

Literatur

- Baltodano, Mónica (2011): *Memorias de la lucha sandinista*. Managua.
- Blandón, María Teresa u.a. (2024): *Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung: Blaupause für globale Klimasolidarität?* In: PERIPHERIE 173 (eingereicht zur Veröffentlichung).
- Förch, Michael (1995): *Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M. u.a.
- Helm, Christian (2018): *Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und der*

¹ Vgl. »Pacto EcoSocial e Intercultural del Sur« <https://pactoecosocialdelsur.com/>.

- bundesdeutschen Nicaragua-Solidarität 1977 – 1990. Berlin/Boston. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110463897>.
- Heß, Klaus / Lucas, Barbara (2007): Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung. In: Bujard, Otker / Wirper, Ulrich (Hg.): Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch. Die politischen Plakate des befreiten Nicaragua 1979 – 1990. Köln: 306-317.
- (2015): Nicaragua. Zweiter Aufbruch in Abhängigkeiten. In: Hulse, Ina / Büttner, Kirstin (Hg.): Engagiert-resistent-bedroht. Handlungsspielräume und Perspektiven sozialer Bewegungen in Mittelamerika. Stuttgart: 122-136.
 - / Sparrer, Ulla (2021): Eine Form der Solidaritätsarbeit mit vielen Fragen. Städtepartnerschaften mit Nicaragua. In: *ila* 450: 25-28.
- Hübner, Hans u.a. (Hg.) (2004): Enrique Presente. Enrique Schmidt Cuadra. Ein Nicaraguaner zwischen Köln und Managua. Köln. Informationsbüro Nicaragua (Hg.) (1984): Gemeinsam werden wir siegen! Arbeitsbrigaden in Nicaragua. Wuppertal.
- (1995): LandLos. Berichte und Gespräche zur Landfrage in Mittelamerika. Wuppertal.
 - (1998): Zwischen Revolution und Quark. 20 Jahre Informationsbüro Nicaragua. Wuppertal.
 - (2003) (Hg.): Wir haben damals geglaubt hier was verändern zu können. Ein Film von Erika Harzer, Anke Spiess, Klaus Hess und Volker Hoffmann, 30 min.
- (Hg.) (2011): Recht auf Stadt. Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation in Lateinamerika. Wuppertal.
 - (2015): Rum oder Gemüse? Landwirtschaft in Kuba und Nicaragua zwischen Ernährungssouveränität, Kooperativen und Weltmarkt. Wuppertal.
 - (2017): FreiHandeln?! Freihandelsverträge – und ihre Auswirkungen in Mittelamerika. Movida.
 - (Hg.) (2020): Nicaragua und die Zukunft linker Politik. Utopie und Zerfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe. Wuppertal.
- Lee, David (2015): De-centring Managua: Post-earthquake reconstruction and revolution in Nicaragua. In: *Urban History* 42(4): 663-685. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0963926815000577>.
- Lucas, Barbara // Heß, Klaus (2019): Auch wir haben Ortega mit erschaffen. Gedanken zum 40. Jahrestag der sandinistischen Revolution und zur Debatte um Solidarität. In: *ila* 427: 38.
- Lucas, Barbara (2023): Andere Formen des Kampfes sind möglich. Interview mit der nicaraguanischen Feministin Yerling Aguilera. In: *ila* 467: 42-43.
- Schindler, Matthias (2019): Vom Triumph der Sandinisten zum demokratischen Aufstand: Nicaragua 1979-2019. Berlin.